

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Elektromobilität unterstützen und verbraucherfreundlich gestalten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, die Nutzung von Elektrofahrzeugen (Elektromobilität) in Berlin durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen. Dazu gehören unter anderem:

- die Erarbeitung eines Handlungsleitfadens für die Genehmigung öffentlicher zugänglicher Ladestationen
- die Einbeziehung von Elektrolademöglichkeiten in die Gestaltung des öffentlichen Raums
- die Erstellung und Veröffentlichung von Übersichtsplänen über vorhandene Ladestationen
- die Organisation einer regelmäßigen Kommunikation mit Institutionen und Unternehmen in Berlin und Brandenburg, die im Bereich der Elektromobilität forschen, bei deren Einführung beteiligt sind oder Lösungen im Bereich der Elektromobilität für Verbraucher anbieten.

Der Senat soll zudem darauf hinwirken, dass das Aufladen von Elektrofahrzeugen in Berlin verbraucherfreundlich und im Wettbewerb der Anbieter gestaltet wird. Dies betrifft insbesondere

- den freien Zugang zu den Ladestationen unabhängig von der Marke des Fahrzeugs
- die Sicherung des Wettbewerbs durch freie Wahl des Stromanbieters

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, dabei über den Bundesrat auf deutschlandweit einheitliche Regelungen hinzuwirken.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2009 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Begründung:

Elektrofahrzeuge sind für den innerstädtischen Verkehr besonders geeignet. Durch ihre Nutzung werden lokale Umweltbelastungen (Stickoxide, Feinstaub, Lärm) drastisch reduziert. Die heute noch beschränkte Reichweite der Elektrofahrzeuge ist im innerstädtischen Verkehr nur ein geringes Hindernis, da die meisten Nutzer nicht mehr als 50 km am Tag zurücklegen. Der Energieverbrauch über die gesamte Energiekette („well to wheel“) ist bei Elektroantrieben deutlich geringer als bei herkömmlichen Verbrennungsmotoren.

Die technische Entwicklung von Elektroautos ist inzwischen so weit gediehen, dass mit einer Markteinführung innerhalb der nächsten 2-3 Jahre zu rechnen ist. Das Pilotprojekt eines Autoherstellers und eines Energieunternehmens startet in diesem Jahr in Berlin mit 500 Elektrotankstellen.

Berlin hat nun die Chance, Vorreiter für Elektromobilität zu werden und sollte deshalb rechtzeitig Rahmensetzungen vornehmen und Maßnahmen ergreifen, um die Verbreitung umweltfreundlicher, schadstoff- und lärmarmer Elektrofahrzeuge in Berlin zu unterstützen.

Ein wesentlicher Punkt sind die Genehmigungsverfahren der Ladestationen. Um eine einheitliche Genehmigungspraxis zu fördern und die Bezirke in diesem Zusammenhang zu unterstützen, sollte deshalb ein Handlungsleitfaden erstellt werden, der die zu berücksichtigenden Regelungen aufführt und Vorschläge für die Bearbeitung von Genehmigungsanträgen macht.

Um Wettbewerb zugunsten der Nutzer und Verbraucher zu ermöglichen, sollte darauf hingewirkt werden, dass es langfristig nur Elektrotankstellen gibt, die für alle Elektrofahrzeuge frei zugänglich sind und an denen der Kunde selbst bestimmen kann welchen Stromlieferanten er nutzen will. Dabei sollten die Erfahrungen und Erkenntnisse bei der Genehmigung von Mobilfunkantennen genutzt werden. Eine Marktbeherrschung durch die ersten Betreiber von Ladestationen sollte dadurch ebenso vermieden werden wie unnötige Dopplungen der Infrastruktur. Außerdem soll eine Entwicklung von einfachen Hausladestationen angestoßen werden.

Berlin, 07. Oktober 2008

Lindner Schmidt von Lüdeke
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP